

Ein eigens errichtetes Außenlager des KZ Dachau lieferte für den Bau der Luffahrtforschungsanstalt München ab 1944 bis zu 900 Häftlinge, die dort Zwangsarbeit leisten mussten. Erst 2001 wurde ein Denkmal für die Zwangsarbeiter in Ottobrunn errichtet.



Diese Entwicklung lässt erahnen, welche Eliten an unseren Universitäten wieder herangezogen werden sollen und was mit „Spitzenforschung“ gemeint ist.

Dagegen haben sich an mittlerweile Dutzenden Universitäten Initiativen gegründet, die versuchen, eine Zivilklausel in die Grundordnung ihrer Einrichtung einzufügen.

Durch eine solche Klausel wird festgeschrieben, dass Forschung, Lehre und Studium nur noch nichtmilitärischen, d.h. ausschließlich friedlichen und zivilen Zwecken dienen dürfen. Die Bewegung kann sogar schon erste Erfolge verzeichnen. An der Universität Tübingen und Rostock wurden Zivilklauseln in die Grundordnungen aufgenommen. Konstanz, Dortmund und Oldenburg haben bereits seit langer Zeit eine Klausel gegen Kriegsforschung. In Bremen wurde jüngst eine seit 1986 bestehende Zivilklausel gegen den Satellitenhersteller OHB verteidigt, der die Universität zur Abschaffung der Friedensbindung drängte. In Karlsruhe, Köln und Frankfurt am Main gab es ein klares Votum der Studierendenschaft für die Zivilklausel bei Urabstimmungen. In Augsburg sprachen sich 77 % der Studierenden auf einer Vollversammlung Ende Juni für eine Zivilklausel aus. Und in München?

Wir treffen uns jeden 1. Schulmontag des Monats um 17.00 Uhr im DGB-Haus München
Kontakt:
gew-sv-muenchen@link-m.de

Der Bundeskongress von ver.di hat 2011 beschlossen:

ZIVILKLAUSEL FÜR ALLE HOCHSCHULEN, FORSCHUNGSEINRICHTUNGEN UND SCHULEN

Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Schulen haben dem Frieden, der Verständigung unter den Völkern und der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zu dienen.

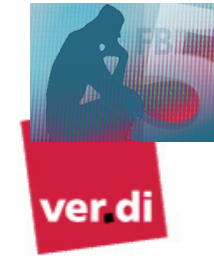
Da die ständig fortschreitende Militarisierung das ganze Gegenteil bewirkt, ist es höchste Zeit, sich dieser Entwicklung entschieden entgegenzustellen.

Ein wichtiges Mittel dazu ist die institutionelle Verankerung einer Friedensbindung, wonach Forschung und Lehre auf ausschließlich friedliche und zivile Zwecke zu beschränken sind.

Die Zivilklausel ist in Landeshochschulgesetzen, Verfassungen bzw. Grundordnungen der Universitäten und Hochschulen zu verankern.

- Alle DGB-Gewerkschaften sind aufgerufen, dazu entsprechende Initiativen zu ergreifen und Studierende, Lehrende und Beschäftigte dafür zu motivieren.
- An den Schulen wendet sich ver.di besonders gegen die Anwerbung von Schülerinnen/ Schüler für die Bundeswehr durch sogenannte Jugendoffiziere.
- ver.di appelliert an alle Mitglieder in den Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Schulen aktiv zu werden und unterstützt insbesondere alle Universitätsangehörigen, die sich verpflichten, nicht an militärischen oder zivilmilitärischen Forschungsprojekten mitzuwirken.

V.i.S.d.P.: J. P. Graf; Schwanthaler Str. 64; 80336 München
 Druck: Druckwerk



AG
 Friedliche
 Schule und
 Hochschule
 München



Informationen zur Meinungsvielfalt Nr. 5

„Deutschland wird, [...] gestützt auf seine Freundschaften, nichts unversucht lassen, um jenes Gut zu retten, das die Voraussetzungen für jene Arbeiten auch in der Zukunft abgibt, die uns vorschweben: den Frieden.“

VON WELCHEM KANZLER STAMMT DAS WOHL?

DIE CHRONISCHE UNTERFINANZIERUNG DER BILDUNG IST POLITISCH GEWOLLT...

Seit der Föderalismusreform 2006, bei der die Finanzierung von Schulen und Hochschulen zur Ländersache erklärt wurden, sind diese chronisch unterfinanziert. Heute müssen sich Hochschulen zu einem Viertel aus Geldern finanzieren, die wie die Milliarden der Exzellenz-Initiative im Wettbewerb vergeben werden. Geforscht wird, was Geld und Gewinn bringt.



Das Geld des Bundesministeriums der Verteidigung bekommt man für Kriegsforschung.

An 27 Hochschulen in 10 Bundesländern wurden bundeswehrrelevante und wehrtechnische Forschungsaufträge vergeben. Tendenz steigend. Darüber hinaus findet eine Indienstnahme von universitären Forschungseinrichtungen durch die Rüstungsindustrie statt. In Freiburg ist die Universität an der Entwicklung des Bundeswehr-Transportflugzeuges Airbus A400M beteiligt, die Universität Stuttgart forscht für das Unternehmen Eurocopter.

... UND FÜHRT ZUR MILITARISIERUNG DER HOCHSCHULEN!

Der Jahresumsatz der bayerischen Rüstungsindustrie mit ca. 6,5 Mrd. Euro macht ein Drittel der bundesweiten Rüstungsproduktion aus. Dementsprechend ist auch ihre Einflussnahme und Vereinnahmung der Forschungsinstitute der Universitäten.

So hat Eurocopter an der Technischen Universität München einen eigenen Lehrstuhl für Hubschraubertechnologie. Die 2010 gegründete Fakultät Munich Aerospace ist ein Verbund von Bundeswehruniversität, der TUM, dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt, EADS und MTU. Die Pressemitteilung lässt verlauten, dass hier „die größte nationale Forschungsdichte entsteht“.

Die Universität Augsburg soll durch einen Rüstungspark vor Ihren Toren vereinnahmt werden.

Auch hier spielt EADS, Cassidian, die Rüstungssparte von EADS, die führende Rolle: Der Sprecher des Kompetenzausschusses des sog. „Innovationsparkes“ in Augsburg ist der TUM-Professor Manfred Hirt, aktiver Vizepräsident des Förderkreises Deutsches Heer, eines Interessenverbandes für die Rüstungsindustrie.

In Bayern findet an der Uni Erlangen-Nürnberg, an der TU München, an der LMU, an der Uni Passau, an der Uni Regensburg, Würzburg und Augsburg militärrelevante und wehrtechnische Forschung statt. Was geforscht wird, unterliegt der Geheimhaltung.

„Niemand sollte glauben, dass ein weiteres halbes Jahrhundert Frieden und Wohlstand in Europa selbstverständlich ist. Es ist es nicht!“

Angela Merkel

Dabei werden die Universitäten lediglich der Militarisierung der Außenpolitik unterworfen. Als Ziel dieser Außenpolitik steht in den Verteidigungspolitischen Richtlinien der BRD vom Mai 2011: „Deutschland ist bereit, als Ausdruck nationalen Selbstbehauptungswillens und staatlicher Souveränität zur Wahrung seiner Sicherheit das gesamte Spektrum nationaler Handlungsinstrumente einzusetzen. Dies beinhaltet auch den Einsatz von Streitkräften.“

Die Bundeswehr soll weltweit zum Einsatz gebracht werden für den ungehinderten Zugang zu Märkten und zur Rohstoff-sicherung. Ziele, die der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler offen aussprach und dafür seinen Hut nehmen musste. Da ist es nur konsequent, dass Ende 2010 militärrelevante Forschungsprogramme an 48 Hochschulen vom Bundesverteidigungsministerium unter Geheimschutz gestellt wurden.

Von der im Grundgesetz garantierten Freiheit von Forschung und Lehre ist somit nicht mehr viel übrig geblieben.



Alpha Jet in der Magistrale der Fakultät für Maschinenbau der TU München in Garching

IN ALTER TRADITION!

Im März 2012 fand an der TU in Garching innerhalb einer Veranstaltungsreihe des Forum Munich Aerospace ein Festkolloquium anlässlich des 100. Geburtstages von **Wernher von Braun** statt.

In Friedberg, Bayern, kämpfen Eltern und Lehrer gerade dafür, dass Ihre Schule den Namen „Wernher von Braun“ ablegt, den Namen eines SS-Obersturmbannführers, Erbauer der Vernichtungswaffe V2 und aktiver Teilhaber an der Menschenvernichtungsmaschinerie des Naziregimes. Allein bei der Herstellung seiner Vernichtungswaffe V2 starben 20.000 Zwangsarbeiter im KZ Mittelbau Dora.

„Kinder und Jugendliche brauchen andere Vorbilder: Menschen, die Ihnen Orientierung geben und humanitäre Werte vermitteln.“

Menschen, die Verantwortung für ihr Handeln übernehmen und Zivilcourage zeigen.“

Aus dem Aufruf „Weg mit dem Schulnamen ‚Werner von Braun‘“

Die TU München stellt sich mit dem Forum Munich Aerospace und ihrer Militärforschung in die Tradition eines rückgratlosen Opportunisten, der von Anfang an den Hitlerfaschismus unterstützt hat.

Genauso wie die im März 2012 gegründete „Fakultät Bavarian International Campus Aerospace and Security“. Ein Forschungsverbund der TUM, der Bundeswehruniversität, des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt, EADS und MTU. Es soll in Ottobrunn auf dem Gelände entstehen, auf dem die Firma Messerschmitt im Auftrag des Reichslufffahrtministerium unter Hermann Göring 1939 mit dem Bau der Luffahrtforschungsanstalt München begann.

Quelle des Zitats auf der Vorderseite:
Adolf Hitler (NSDAP), deutscher Kanzler,
20. Feb. 1938